GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

Teil I

1956	Berlin, den 8. September 1956	Nr. 78
Tag	Inhalt	Seite
28. 8. 56	Zweite Durchführungsbestimmung zum Gesetz über das Verfahren in Strafsachen in der Deutschen Demokratischen Republik (Strafprozeßordnung). — Privatklageverfahren —	689
23. 8. 56	Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die monatliche Transportplanung und über den Abschluß von Transportraumverträgen mit der Deutschen Reichsbahn und der volkseigenen Binnenschifffahrt. — Transportplanungsverordnung —	690
24. 8. 56	Vierte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Bildung von Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben	694
7. 8. 56	Neunte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Neuregelung der Ausbildung der Lehrer an den allgemeinbildenden Schulen, der Pionierleiter, der Kindergärtnerinnen und der Erzieher in Heimen und Horten	695
6. 8. 56	Anordnung über die Ausbildung von Produktionsarbeitern für die Arbeit als Lehrer an allgemeinbildenden Schulen, Heimerzieher, Pionierleiter, Horterzieher und Kindergärtnerinnen	696
1. 9. 56	Anordnung über die Prüfung von technischen Bühnenvorständen	697
6. 8. 56	Anordnung über die Gewährung von Stipendien an Produktionsarbeiter in der Ausbildung als Mittelschullehrer	700

Zweite Durchführungsbestimmung*
zum
**Gesetz über das Verfahren in Strafsachen
in der Deutschen Demokratischen Republik
(Strafprozeßordnung).**
— Privatklageverfahren —

Vom 28. August 1956

Auf Grund des § 8 des Einführungsgesetzes vom 2. Oktober 1952 zum Gesetz über das Verfahren in Strafsachen in der Deutschen Demokratischen Republik — Strafprozeßordnung — (GBl. S. 995) wird folgendes bestimmt:

§ *

(1) Führt eine vom Privatkläger innerhalb der Monatsfrist des § 245 der Strafprozeßordnung erstattete Strafanzeige wegen einer Handlung, die Gegenstand der Privatklage sein kann, nicht zur Erhebung der Anklage, so beginnt die Monatsfrist mit dem Tage, an dem der Privatkläger von der Entscheidung des Staatsanwalts Kenntnis erhält.

(2) Die im § 245 der Strafprozeßordnung bestimmte Frist von sechs Monaten wird durch die Erstattung einer Strafanzeige nicht berührt. Das Gericht kann jedoch Befreiung von den Folgen der Versäumung dieser Frist (§ 37 der Strafprozeßordnung) gewähren, wenn die Fristüberschreitung auf Grund der vom Staatsanwalt veranlaßten Ermittlungen erfolgt ist.

§ 2

(1) Die Privatklage darf nur diejenigen Handlungen zum Gegenstand haben, über die vor dem Schiedsmann verhandelt worden ist.

• 1. DB (GBl. 1954 S, 777)

(2) Begeht der Beschuldigte in der Zeit zwischen der Durchführung des Sühneverfahrens und der Hauptverhandlung weitere Handlungen gegenüber dem Verletzten, die Gegenstand einer Privatklage sein können, so können diese ebenfalls zum Gegenstand der Hauptverhandlung gemacht werden.

§ 3

(1) Eine Widerklage des Beschuldigten ist nur wegen solcher Handlungen zulässig, die nicht länger als sechs Monate vor der Einreichung der Privatklage zurückliegen, jedoch findet § 1 Abs. 2 entsprechende Anwendung. Die Vorlage eines Sühnezeugnisses wegen dieser Handlungen ist nicht erforderlich.

(2) Wird die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt oder das Privatklageverfahren eingestellt, so ist auch das Verfahren über die Widerklage einzustellen.

§ 4

Die Beendigung des Privatklageverfahrens durch Vergleich ist zulässig. In dem Vergleich können die Zahlung einer Geldbuße an den Staatshaushalt sowie eine Regelung der Kosten zwischen den Beteiligten vereinbart werden.

§ 5

Wird die Privatklage zurückgenommen, ohne daß ein Vergleich abgeschlossen wird, so ist das Verfahren durch Beschluß einzustellen.

§ 6

(1) Wird das Privatklageverfahren gemäß § 252 der Strafprozeßordnung eingestellt, so findet § 357 Abs. 2 der Strafprozeßordnung nur dann Anwendung, wenn